

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.846.212

Wien, am 16. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordnete zum Nationalrat Katharina Kucharowits, Genossinnen und Genossen haben am 16. Dezember 2020 unter der Nr. **4659/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „humanitärer Katastrophe mitten in Europa – das offizielle Österreich schaut zu“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 4:**

- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Gemeinden österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a. *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b. *Wenn ja, um welche Gemeinden handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c. *Wenn ja, wurden diese Gespräche geführt?*
  - d. *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Städten österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*

- a. *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
- b. *Wenn ja, um welche Städte handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
- c. *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
- d. *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
- e. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit den Bundesländern österreichweit Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a. *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b. *Wenn ja, um welche Bundesländer handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c. *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
  - d. *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Haben Mitglieder der Bundesregierung mit Einrichtungen, wie z.B Kirchen oder NGOs, Kontakt aufgenommen und Gespräche über die Aufnahme von geflüchteten Menschen geführt?*
  - a. *Wenn ja, um welches Mitglied der Bundesregierung handelt es sich hierbei?*
  - b. *Wenn ja, um welche Einrichtungen und Institutionen handelt es sich hierbei? Bitte um Auflistung.*
  - c. *Wenn ja, wann wurden diese Gespräche geführt?*
  - d. *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - e. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Verteilung und direkte Aufnahme von Migrantinnen und Migranten aus Griechenland wird – wie auch in vielen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – nicht als nachhaltige Lösung gesehen. Vielmehr würde eine solche Herangehensweise Signale aussenden, die zu einem weiteren Pull-Faktor und vermehrten Schlepperaktivitäten führen könnten. Aus diesem Grund wurden in der Thematik von mir keine Gespräche geführt.

Es gilt jedoch, Griechenland vor Ort bestmöglich zu unterstützen. Aus diesem Grund wurden – neben den im Frühjahr 2020 übermittelten 181 Wohn- und Sanitärcontainer und den bereits geleisteten Sofortmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Großbrand in Moria – dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) seitens des Bundesministeriums

für Inneres und des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für die Betreuung von Migrantinnen und Migranten vor Ort drei Millionen EUR zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wurden vom Bundesministerium für Inneres weitere zwei Millionen EUR für die Internationale Organisation für Migration (IOM) bereitgestellt, die konkret für die mobile medizinische Betreuung auf den griechischen Inseln verwendet werden sollen.

**Zur Frage 5:**

- *Hatten bzw. haben Sie mit den griechischen Behörden bzw. Ihrem griechischen Amtskollegen Gespräche über den menschenunwürdigen Zustand auf Lesbos geführt?*
  - a. *Wenn ja, mit wem genau hatten Sie Kontakt?*
  - b. *Wenn ja, wann genau?*
  - c. *Wenn ja, welche Schlüsse bzw. welches Ergebnis wurde aus den Gesprächen gezogen?*
  - d. *Wenn nein, warum nicht?*

Ich stehe zu den aktuellen Entwicklungen im Bereich Migration, Asyl und Grenzschutz in regelmäßigem Austausch mit meinem griechischen Amtskollegen – sei es persönlich, telefonisch oder per Videokonferenz. Auch mit den griechischen Behörden besteht ein enger Austausch und wurde von österreichischer Seite wiederholt Unterstützung angeboten und zur Verfügung gestellt sowie gemeinsame Maßnahmen zum Beispiel im Rückkehrbereich durchgeführt.

**Zu den Fragen 6 und 7:**

- *Hatten Sie bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern im Rat der EU zum Thema gemacht?*
  - a. *Wenn ja, wann genau?*
  - b. *Wenn ja, in welcher Form?*
  - c. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - d. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Hatten bzw. haben Sie die Aufnahme von Menschen aus den Lagern bei dem zuständigen EU-Kommissar Margaritis Schinas zum Thema gemacht?*
  - a. *Wenn ja, wann genau?*
  - b. *Wenn ja, wie oft?*
  - c. *Wenn ja, in welcher Form?*
  - d. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
  - e. *Wenn nein, warum nicht?*

Seit dem Jahr 2015 wurden in Österreich nahezu 200.000 Asylanträge gestellt und haben mehr als 124.000 Asylsuchende einen Schutzstatus zuerkannt bekommen. Das habe ich auch beim informellen Treffen der EU-Innenminister am 28. Jänner 2021 betont. Österreich gehört damit bereits zur Gruppe der Belasteten EU-Mitgliedstaaten. Eine Verteilung von Migrantinnen und Migranten stellt für uns keine nachhaltige Lösung dar. Daher setzen wir auch einen starken Fokus auf die Hilfe vor Ort.

Österreich erklärte sich wiederholt bereit, Griechenland bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen im Migrationsbereich zu unterstützen, und leistet auch bereits aktuell durch Experteneinsätze sowie durch die Bereitstellung finanzieller und humanitärer Unterstützung einen wesentlichen Beitrag.

**Zu den Fragen 8 und 9:**

- *Spricht sich die österreichische Bundesregierung für die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus den griechischen Lagern aus?*
  - a. *Wenn ja, was unternimmt sie dafür?*
  - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Warum blockiert die Bundesregierung die Appelle der vielen Gemeinden österreichweit, Menschen aufzunehmen?*

Auf die Beantwortung der Fragen 1 bis 4 darf verwiesen werden.

Ergänzend dazu ist festzuhalten, dass Österreich bereits einen überproportionalen Beitrag zum internationalen Flüchtlingsschutz leistet und seinen humanitären Verpflichtungen in diesem Zusammenhang vollumfänglich nachkommt.

Seit dem Jahr 2015 wurden in Österreich nahezu 200.000 Asylanträge gestellt und haben mehr als 124.000 Asylsuchende einen Schutzstatus zuerkannt bekommen. Rund zwei Drittel davon waren Frauen (fast 26.000) und Minderjährige (über 56.000).

Welchen Beitrag Österreich leistet, sieht man insbesondere auch bei den Asylanträgen von unbegleiteten minderjährigen Fremden in den Jahren 2015 bis 2019, bei denen Österreich im Verhältnis zur Einwohnerzahl im EU-Vergleich nach Schweden an zweiter Stelle liegt.

Im Jahr 2020 erhielten rd. 5.730 Minderjährige einen Schutzstatus in Österreich und stellten rd. 1.400 unbegleitete Minderjährige einen Asylantrag, davon über 80 % aus Afghanistan und Syrien.

Damit verbunden war und ist eine enorme gesamtstaatliche Herausforderung für Bund, Länder, Gemeinden und Zivilgesellschaft.

Eine Umverteilung wäre ein weiteres Signal, welches illegale und auch gefährliche Überfahrten auf die griechischen Inseln verstärken könnte, um sodann eine mögliche Weiterreise in andere Staaten der Europäischen Union zu schaffen. Österreich spricht sich daher auch auf europäischer Ebene für Maßnahmen aus, die Personen mit echtem Schutzbedarf Zugang zu Unterstützung und Schutz vor Ort ermöglichen, Mitgliedstaaten unter Druck entlasten und dazu beitragen, illegale Migration in die EU und menschliche Tragödien zu verhindern. Anstelle einer Verteilung von Flüchtlingen in der EU gilt es deshalb, den Fokus der Mitgliedstaaten vermehrt auf die externe Dimension zu legen, etwa indem Aufnahme- und Schutzkapazitäten in Drittstaaten gestärkt sowie langfristige Perspektiven vor Ort geschaffen werden.

Karl Nehammer, MSc



